

Immer mehr Länder zahlen an die Opfer

Missbrauch. Nach Tirol und Wien sind auch Vorarlberg und Kärnten zur Entschädigung bereit. Salzburg hinkt hinterher.

WIEN (SN). Das Entschädigungsmodell der von der katholischen Kirche eingesetzten Kommission unter Waltraud Klasnic macht Schule: Nachdem Tirol und Wien beschlossen haben, einstige Schüler und Heimkinder, die in Einrichtungen des Landes bzw. der Stadt misshandelt oder missbraucht wurden, nach dem Vorbild der Klasnic-Kommission zu entschädigen, dürften als Nächstes Vorarlberg und Kärnten folgen. In beiden Ländern hieß es am Mittwoch, man sei zu Entschädigungen bereit. Und in beiden Ländern drängte man auf eine österreichweit einheitliche Vorgangsweise. Aus den anderen Ländern gibt es mehr oder weniger

deutliche Bekundungen, die Verantwortung für einstige Missbrauchsfälle übernehmen zu wollen. Ausnahme ist Salzburg, wo man zum Thema Entschädigung nichts sagen will. Als letztes Bundesland richtet Salzburg nun eine Anlaufstelle für einstige Missbrauchsoffer ein. Etwa 300 Frauen und Männer haben sich unterdessen bei den Anlaufstellen der Länder gemeldet und von Misshandlungen oder Missbrauch in Schulen und Heimen der öffentlichen Hand berichtet. Bei der Klasnic-Kommission, die sich der Fälle in kirchlichen Einrichtungen annimmt, gibt es unterdessen 380 Meldungen. Seite 7

Aufarbeitung in allen Ländern

INGE BALDINGER

WIEN (SN). Spät aber doch sind nun alle Bundesländer bereit, etwas für die einstigen Opfer von Gewalt oder sexuellem Missbrauch in Schulen und Heimen der öffentlichen Hand zu tun. Am weitesten sind Tirol und Wien: Beide Bundesländer haben bereits beschlossen, den Opfern von damals nun Therapien zu finanzieren und eine Art Entschädigung zu bezahlen. Am weitesten hinterher hinken Salzburg und die Steiermark: Sie hatten bisher noch nicht einmal Anlaufstellen für die einstigen Opfer eingerichtet. Nun ist es aber so weit.

In der Steiermark ist ab sofort der „Psychologisch-Therapeutische Dienst“ des Landes (Telefon: 0316/877-6369) zentrale Melde- und Ansprechstelle, wie der Sprecher von Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser (SPÖ) am Mittwoch auf SN-Anfrage mitteilte. Schlusslicht ist damit Salzburg, das in jeder Hinsicht einen Sonderweg geht: Es dockt seine Anlaufstelle an einer Fachhochschule an – in Puch beim „Zentrum für Zukunftsstudien“, wie die Sprecherin von Soziallandesrätin Erika Scharer (SPÖ) auf SN-Anfrage ankündigte. Eröffnet wird die Stelle am Freitag in einer Woche.

Die Länder Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich, Wien und Burgenland haben zum Teil schon im März ihre Kinder- und Jugendanwaltschaften zu den zentralen Anlaufstellen für einstige Schüler und Heimkinder gemacht, die in Einrichtungen der Länder misshandelt oder missbraucht wurden. Das Land Kärnten hat für derartige Fälle eine Hotline eingerichtet (0800/21 13 90). Stand der Meldungen bzw. Prüfverfahren am Mittwoch: In Vorarlberg geht es um 19 Opfer, in Tirol um 118, in Oberösterreich um 24, in Niederösterreich um sieben, in Wien um 84 und im Burgenland um fünf. Bei der Kärntner Hotline gingen bisher 22 Meldungen ein.

Die Prüfungen all dieser Fälle sind zum Teil abgeschlossen, zum Teil noch im Laufen. Obwohl es in Salzburg bisher keine Anlaufstelle gab, meldeten sich laut Büro Scharer bisher sieben einstige Missbrauchsoffer. In der Steiermark gab es

Missbrauch. Als letzte Bundesländer richten nun auch Salzburg und die Steiermark Anlaufstellen für einstige Heimkinder ein.

mangels Anlaufstelle bisher keine Meldung. Opfer gibt es schon – fünf Steirer wandten sich um Hilfe an die Opferschutzorganisation „Weißer Ring“. Das hat den steirischen Soziallandesrat nun dazu bewogen, doch eine Anlaufstelle einzurichten – und umgehend anzukündigen, das Land sei nach Prüfung der Fälle selbstverständlich bereit, therapeutische Hilfe und Entschädigungen anzubieten. Dabei werde man sich danach richten, „wie das die anderen Bundesländer handhaben“, sagte Schrittwiesers Sprecher.

Klasnic-Modell als Vorbild

Wie es Tirol und Wien handhaben, ist klar: Sie richten sich nach dem Modell, das die von der katholischen Kirche eingesetzte Kommission unter Waltraud Klasnic für Opfer kirchlicher Einrichtungen ausgearbeitet hat. Neben den Therapiekosten gibt es – je nach Schwere des einst Erlittenen – Entschädigungen in der Höhe von 5000 bis 25.000 Euro. Ein Modell nach diesem Vorbild plant nun auch das Land Vorarlberg, dem freilich eine „abgestimmte Vorgangsweise mit den anderen Bundesländern sehr wichtig ist“, wie es im Büro von Soziallandesrätin Gerti Schmid (ÖVP) hieß. Zu Entschädigungszahlungen ist auch Kärnten bereit. Bereits als die Hotline eingerichtet und ein Rechtsanwalt und eine Psychologin für die Aufarbeitung der Fälle abgestellt wurden, reservierte das Land 50.000 Euro für mögliche Entschädigungszahlungen. Soziallandesrat Christian Ragner (FPK) zu den SN: „Wir sind jederzeit bereit zu bezahlen. Eine in ganz Österreich einheitliche Lösung wäre natürlich sinnvoll.“ Und so kann auch er sich vorstellen, das Modell der Klasnic-Kommission als Orientierung zu nehmen.

In Niederösterreich finanziert das Land vorerst die Therapie für ein einstiges Opfer. Im Burgenland gibt es das politische Bekenntnis, „Hilfe anzubieten“. Das gibt es auch in Oberösterreich: Das Land werde sich nicht aus der Verantwortung nehmen, deponierte Soziallandesrat Josef Ackerl (SPÖ) bereits. Kommenden Montag wird bei einem Treffen in Oberösterreich eine Art Zwischenbilanz gezogen und vielleicht auch über Entschädigungen gesprochen. Einzig das Land Salzburg will zu diesem Thema derzeit gar nichts sagen.



Bild: SN/STOLJA